Interessengemeinschaft ‚Inklusives Wohnen'

Eine neue Initiativgruppe gründete sich am 17. Juli in Aschaffenburg: Die Interessengemeinschaft inklusives Wohnen. Menschen mit Behinderung ein Leben außerhalb von Heimen zu ermöglichen, so lautet das Ziel. Ehrgeizig ist das Vorhaben deshalb, weil inklusive Wohnformen, beispielsweise eine kleine Wohngemeinschaft mit höchstens vier Bewohnerinnen und Bewohnern, derzeit noch aus Kostengründen abgelehnt werden. Dies soll und muss sich ändern, fordert Initiatorin und Sprecherin Inge Rosenberger.

Dass es kein philantropischer Akt ist, Menschen mit einer Behinderung die Wohnmöglichkeiten zu eröffnen, die jedem anderen Menschen in der Gesellschaft ganz normal zustehen, bestätigte auch Claus Fussek bei der Gründungsversammlung. Der Münchner Sozialpädagoge von der Vereinigung Integrationsförderung (VIF) prangert seit Jahren Missstände in Heimen an. Die von ihm mitbegründete VIF setzt sich dafür ein, dass Menschen trotz verschiedener Einschränkungen mit Hilfe von Assistenz wirklich normal und in die Gesellschaft integriert leben können. Denn Hilfe in Sondereinrichtung, so Fussek, bedeute immer gesellschaftliche Aussonderung.



Bild von der Gründungsveranstaltung: v.l.n.r. Willi Michel (Café Winkelmann), Hildegard Metzger (Moderation), Inge Rosenberger (Initiatorin), Claus Fussek (VIF München)

Die 2006 verabschiedete UN-Behindertenkonvention besagt klipp und klar: Auch behinderte Menschen dürfen sich aussuchen, wo, wie und mit wem sie leben möchten. Zudem steht im Artikel 3 des Grundgesetzes: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden." Der Grundsatz, dass alle Menschen die gleichen Chancen erhalten sollen, ist schließlich auch in der Bayerischen Verfassung festgeschrieben. „Der Staat setzt sich für gleichwertige Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderung ein", heißt es hier in Artikel 118a.

Die in der Interessengemeinschaft zusammengeschlossenen Eltern haben genug davon, dass diese Prinzipien permanent unterlaufen werden. Sie möchten, nicht zuletzt mit Unterstützung der Lebenshilfe, eine starke Bewegung aus Eltern, Angehörigen und Menschen mit Behinderung werden, die sich für alternative Wohnformen einsetzen. Der

Aufbau von ein oder zwei Wohngemeinschaften mit jeweils bis zu vier Bewohnern mit unterschiedlichen Behinderungen soll am Anfang stehen. Realisiert werden kann dies jedoch nur, wenn der Bezirk Unterfranken als Kostenträger sowie die Stadt Aschaffenburg mitziehen. Beide Partner sollen als Mitstreiter gewonnen werden.

Mit Argument „Kosten“ wollen die Eltern sich nicht mehr abweisen lassen. Menschen mit einem Handicap haben nun einmal das mehrfach verbriefte Recht, „ganz normal“ zu leben, so Inge Rosenberger. Was auch bedeute, dass sich für die künftigen Bewohner der Wohngemeinschaft Leben und Arbeiten keinesfalls auf einem Gelände abspielen darf.

Aber gerade in Heimen, in denen ausschließlich Menschen mit hohem Hilfe- und Betreuungsbedarf leben, haben die Bewohner oft kaum eine Chance rauszukommen, wodurch ihnen die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft erwehrt bleibt. Was Aggressionen und Unruhe erzeugen kann. Klar ist Inge Rosenberger, Mutter einer 29 Jahre alten Tochter mit mehrfachen Handicaps, dass es nicht jedem nicht direkt Betroffenen sofort einleuchtet, warum selbst schwer behinderte Menschen aus diesem und anderen Gründen Heime für sich ablehnen. Bei Informationsveranstaltungen will die Interessengemeinschaft hierüber aufklären.

Das neue Wohnprojekt wird ganz sicher nicht mit heißer Nadel genäht, versichert die Sprecherin. Sehr viel Vorbereitungsarbeit wird nötig sein, um am Ende ein neue Wohnform für Menschen unterschiedlich schwerer Beeinträchtigung präsentieren zu können, der Signalwirkung für ganz Unterfranken zukommt.

Was wird von den künftigen Bewohnern tatsächlich erwünscht und erwartet? Wie kann eine solche Wohngemeinschaft optimal organisiert werden? Regelmäßig nehmen die Mitglieder der Interessengemeinschaft an Fachtagungen teil oder organisieren Treffen für die Eltern der künftigen Bewohner, um ihr Projekt auf ein gutes Fundament zu stellen. Erst am 17. November fand in Würzburg eine Fachtagung der Lebenshilfe zum Thema „Wohn(t)räume“ statt, an der sich die Gruppe beteiligte. Das Interesse an der Tagung war im Übrigen immens und verdeutlichte den großen Bedarf an alternativen Wohnformen: Von 150 Eltern, die kommen wollten, mussten 40 abgewiesen werden. Es gab nur 110 Plätze.



gesammelte Wohn(t)räume der Teilnehmer/innen

Auch im nächsten Jahr werden sich die Eltern und die potenziellen WG-Bewohner wieder regelmäßig treffen, um mit Gleichgesinnten in Kontakt kommen und sich über die nächsten Schritte auszutauschen. *(KaRo)*

Anmeldung für interessierte Eltern: **inge.rosenberger@gmx.de** oder **Tel. 0 60 24 / 63 72 58**